

## Haushaltsrede 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wussten Sie, dass NRW die höchsten Gesamtschulden aller Bundesländer aufweist; wussten Sie, dass aktuell nur rd. 13 % aller Kommunen in NRW einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorweisen; wussten Sie, dass die NRW-Kommunen die höchsten Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze aller Bundesländer haben; wussten Sie, dass NRW das einzige Bundesland mit einem „Null-Wachstum“ ist; wussten Sie, dass beim Haushaltsdefizit im Ländervergleich NRW das schlechteste Ergebnis unter allen Bundesländern hat; wussten Sie, dass gestern der FC Hennef gegen den VFL Rheinbach verloren hat?

Meine Damen und Herren, der Umstand, dass der FC Hennef gegen den Tabellenletzten keine Punkte hat einfahren können, ist schade. Aber alle anderen Fakten sind erschreckend und letztlich nicht hinnehmbar. Denn diese Tatsachen sind mit die Hauptursache, weshalb die Kommunen in NRW einfach zu wenige Zuweisungen des Landes erhalten.

Die Verbundquote, also der Prozentanteil, den das Land aus seinem Steueraufkommen für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stellt, wurde in der Vergangenheit von 28,5% auf 23% reduziert und diesen Satz behält man kontinuierlich bei. Auf der Seite des Ministeriums für Inneres und Kommunales, kurz MIK, kann man erfahren, dass das Land NRW die höchsten Steuereinnahmen zu verzeichnen hat und somit in absoluten Zahlen den Kommunen mehr Zuweisungen zukommen lassen wird. Es wird die Rekordsumme von 10,64 Mrd. Euro verteilt. Ok, wir in Hennef erhalten rd. 2 Mio. Euro weniger Schlüsselzuweisungen. Aber die Richtung sollte doch stimmen. Das tut es aber leider nicht. Der Städte- und Gemeindebund NRW stellt fest, „dass das Gemeindefinanzierungsgesetz

2017, kurz GFG, das Ziel der interkommunalen Verteilungsgerechtigkeit im Kommunalen Finanzausgleich verfehlt“. Zudem mahnt dieser kommunale Spitzenverband an, dass die Zuweisungen des Landes bei weitem nicht ausreichen, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre notwendigsten Aufgaben zu erfüllen.

Nach eigenen Angaben des MIK wurde im Urteil vom 10.5.2016 vom Verfassungsgericht des Landes NRW betont, dass eine Überprüfung des kommunalen Finanzausgleiches erfolgen muss, da offenkundige Verzerrungen bei diesem Finanzausgleich zu Lasten des kreisangehörigen Raumes gegeben sind. Mit anderen Worten wurde festgestellt, dass es eine überproportionale Verteilung hin zu den Großstädten und zu Lasten des ländlichen Raumes erfolgte. Da hilft uns auch keine Rekordsumme bei den Zuweisungen, denn bei uns kommt diese offensichtlich nicht an. In 2017 wird diese Ungerechtigkeit auch nicht korrigiert. Gerne verweise ich auf die Seite 22 des Vorberichtes des Haushaltsplanes, auf der erkennbar ist, dass der Flächenansatz bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen mit 0% angesetzt wurde. Ein Indiz für die Richtigkeit der Feststellung des Verfassungsgerichtes.

Meine Damen und Herren, auch in 2017 wird die Stadt in der Haushaltssicherung sein und hieran wird sich in den nächsten Jahren nichts ändern. Die Rahmenbedingungen sind schwierig, die Grundsteuer und Gewerbesteuer haben wir im letzten Jahr angehoben und in diesem Jahr gemäß unserem Beschluss des Vorjahres unverändert gelassen. Trotzdem weist der Haushaltsplan 2017 einen Fehlbetrag von 5,9 Mio. EUR aus. Auch die Finanzplanung ist nicht ausgeglichen. Es werden 3,5 Mio. EUR neue Schulden (Investitionskredite) aufgenommen.

Obwohl die Haushaltsslage unserer Stadt schwierig ist, stellen wir uns dieser Herausforderung und entwickeln Hennef weiter. Dabei haben wir in den letzten Jahren den Investitionsschwerpunkt im Bereich der Schulen und Kindergärten gesetzt. Mit der Erweiterung des Gymnasiums, hier sei der naturwissenschaftliche Trakt exemplarisch genannt, und aktuell mit der Errichtung und Erweiterung der Gesamtschule West haben wir die notwendigen Investitionen vorgenommen, um die Schullandschaft in Hennef fortzuentwickeln. Dies kann sich nicht jede Kommune in NRW leisten. Denn die Investitionsquote ist nach Aussage der Hans-Böckler-Stiftung in den letzten Jahren um mehr als 30% gesunken. Damit ist der Substanzverzehr in der Regel höher als die Neuinvestitionen oder die Instandhaltungen. In Hennef versuchen wir notwendige neue Substanz zu schaffen und bestehende zu erhalten; und hier sind wir auf einem sehr guten Weg.

Wir werden in 2017 weitere 1,5 Mio. EUR in den Umbau der Gesamtschule West investieren. Damit werden der Umbau und die Erweiterung endfinanziert sein und die ursprünglich geplante Investitionsmaßnahme ist abgeschlossen. Allerdings haben wir uns im letzten Jahr intensiv mit der Frage beschäftigen müssen, wie wir alle Hennefer Schülerinnen und Schüler in die vorhandenen weiterführenden Schulen unterbringen können. Ein unzumutbarer Zustand für alle Betroffenen. Aufgrund dieser Problematik wurde der Beschluss gefasst, weitere 4,3 Mio. EUR für die bauliche Erweiterung der Gesamtschule West einzusetzen, um somit einen neuen siebten Zug zu realisieren. Viele halten es vermutlich für selbstverständlich, dass eine Kommune solche Summen in die Hand nimmt, um alle notwendigen Investitionen für die Kinder unserer Stadt vorzunehmen. Nein, dies ist in NRW nicht selbstverständlich. Für uns in Hennef allerdings schon.

Mit dem Programm „Gute Schule 2030“ hat die Landesregierung nun ein Förderprogramm ins Leben gerufen, um Kommunen bei notwendigen Schulsanierungen zu unterstützen. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings werden ja bekanntlicherweise am Abend die Faulen fleißig. Auf diese SPD-geführte Landesregierung übersetzt bedeutet dies, dass vor Landtagswahlen auch diese unbestritten schwache Truppe in Düsseldorf einfallsreich wird und noch schnell ein Wahlgeschenk auflegt. Dabei handelt es sich bei diesem Förderprogramm um keinen Zuschuss oder Erhöhung der Schulpauschale, was ja schon längst eingefordert wird, sondern um ein Kreditprogramm, bei dem das Land die Tilgung übernimmt und die Kommunen die Zinslast zutragen haben. Ein unübliches, aber natürlich wahltaktisches Finanzierungsmodell, aber immerhin erhält unsere Stadt 3,6 Mio. EUR, die wir vermutlich für die Fassadensanierung des Gymnasiums benötigen werden. Der Betrag reicht allerdings bei weitem nicht aus, sodass wir bei den Haushaltsberatungen 2018 über die Finanzierungslücke zu beraten haben.

Meine Damen und Herren, für den Neubau des Kindergartens Stoßdorf, den insbesondere unser örtlicher CDU Ratskollege Theo Walterscheid mit initiiert hat, werden wir inklusive einer weiteren Gruppe rd. 2 Mio. EUR investieren. Für den neuen Kindergarten in Allner im ehemaligen Bürgerhaus, eine Idee von unserem Fraktionskollegen Peter Martius, sind 1,8 Mio. EUR etatisiert und für die neue Feuerwache in Söven wurden bis 2019 insgesamt 2,5 Mio. EUR eingeplant. Dies sind nur einige wenige Investitionsbeispiele die für unsere Stadt, für alle Henneferinnen und Hennefer und für die Kinder immens wichtig sind.

Gleiches gilt übrigens für die verkehrliche Infrastruktur. Der Neubau des Horstmannsteges ist die Garantie für die Menschen aus Allner und dem Umland, zu Fuß oder mit dem Rad in die Innenstadt zu gelangen. Die Brücke ist wesentlicher Bestandteil des Radwegenetzes

und wird auch von den Wanderern des Siegsteiges genutzt. Dass nun bei der Antragstellung der Fördermittel der BUND ökologische Probleme ausmacht und den Bau an dieser Stelle als nicht erforderlich ansieht, ist nicht nachzuvollziehen und aus Sicht der Menschen aus Allner eher - Zitat: „menschenverachtend“. Für die CDU sage ich an dieser Stelle ganz klar und eindeutig: Wir wollen diese Brücke, wir wollen sie so, wie sie geplant, diskutiert und beschlossen ist und wir wollen sie so schnell wie möglich. Und da die Zusage der Fördermittel eine Voraussetzung für den Neubau darstellt, begrüßen wir es ausdrücklich, dass der Rhein-Sieg-Kreis diesbezüglich bereits eine positive Stellungnahme abgegeben hat.

Bei weiteren wichtigen Verkehrsprojekten ist allerdings das Land oder der Bund der Straßenbaulastträger. Der Landesbetrieb Straßen NRW ist somit für die Erarbeitung von Planungen und für die Umsetzung dieser verantwortlich. Allerdings ist der Landesbetrieb nicht leistungsfähig genug. Während andere Bundesländer insbesondere beim Straßenbau eine deutlich höhere Investitionsquote aufweisen und für notwendige Baumaßnahmen die erforderlichen Planungen in der Schublade haben, tritt NRW mit seinem Landesbetrieb mal wieder hinterher. Wie ein Bericht des WDR aufzeigte, hätte die rot-grüne Landesregierung in den letzten Jahren rd. acht Milliarden Euro Bundesmittel abrufen und investieren können. Es wurden allerdings lediglich nur knapp 4,9 Mrd. EUR vom Bund angefordert. Dies wurde mit den fehlenden Planungen des Landesbetriebes begründet. Und von diesem Desaster sind auch wir hier in Hennef betroffen. Wir haben für den Landesbetrieb die Bahnunterführung an der Bröltalstraße geplant und diese vorfinanziert. In diesen Tagen, nach mehreren Jahren, kam nunmehr die Erstattung dieser Gelder. Das heißt aber nicht, dass die Baumaßnahme nun angepackt wird. Unerklärlicherweise wird diese Baumaßnahme immer wieder verschoben. Ursprünglich sollte diese 2012 fertig sein. Nun erklärt der Landesbetrieb, dass die Planungen komplett zu überarbeiten sind und ein Baubeginn vor 2020 nicht realistisch ist. Unglaublich. Die Planungen zum Umbau der Kreuzung A560/B8/Europaallee/Wingenshof werden nun ebenfalls von der Stadt vorfinanziert. Dabei ist allen Beteiligten klar, dass diese Kreuzung nicht mehr leistungsfähig ist und dringend angepackt werden muss. Das hat ja nun auch irgendwann mal die SPD hier in Hennef verstanden und zumindest den Umbau dieser Kreuzung befürwortet. An die unsäglichen Diskussionen im Planungsausschuss darf man da nicht denken. Sogar der erforderliche Rad- und Gehweg an der B8 hinter Uckerath kann nur angegangen werden, wenn die Stadt ein weiteres Mal für den Landesbetrieb die Planungen erstellt und vorfinanziert. Ein unmöglicher Zustand, den diese Landesregierung zu verantworten hat. Die Heul-Attacken der SPD, dass die böse Rüttgers-Regierung beim

Landesbetrieb Stellen abgebaut hat und dieser Schuld sei, ist ja mittlerweile echt peinlich. Das ist viele Jahre her und eine CDU-Landesregierung hätte hier schon längst reagiert.

Der griechische Staatsmann Perikles sagte bereits im 5. Jhdt. v.Chr., dass es nicht die Aufgabe sei, die Zukunft vorherzusehen, sondern es gelte, gut auf die Zukunft vorbereitet zu sein. In diesem Sinne haben wir eine ganze Anzahl von Ideen und Vorschlägen formuliert und diskutiert. So gilt es, neben anderen Themen die Wohnraumentwicklung in unserer Stadt weiter zu planen und voranzutreiben. Das aktuell vorliegende Gutachten zur Wohnungsentwicklung zeigt, dass in Hennef, wie in den letzten Jahren auch, insbesondere eine Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern besteht. Mit der Entwicklung des Bebauungsplanes „Futterstück“ oder auch des „Siegbogens“ wurde insbesondere für junge Familien bezahlbarer Wohnraum und die Möglichkeit des bezahlbaren Eigenheims entwickelt. Dies ist gelebte Sozialpolitik. Auf Antrag der CDU wurde die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes angegangen und dieser muss nach jahrelanger Diskussion nunmehr final beschlossen werden. Dabei hat vor allem der Fachbeitrag der Uni Bonn gezeigt, dass wir weiteren Wohnraum benötigen. Inhaltlich. Dabei ist die Entwicklung unserer Dörfer zwingend mit einzubeziehen. Dies hat die CDU immer wieder gefordert. Mit einer konzeptionellen Umsetzung muss ab 2017 begonnen werden.

In der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses haben wir das Thema des bezahlbaren Wohnens und des sozialen Wohnungsbaus sehr intensiv diskutiert. Dabei wurde der Antrag der CDU beschlossen, eine Beratungsstelle bei der Stadt einzurichten, die sowohl Eigentümer von Bestandsimmobilien als auch Neuinvestoren bei möglichen Wohnbauprojekten betreut, diese auf mögliche freie Grundstücke aufmerksam macht oder Fördertöpfe aufzeigt. Das außerdem beschlossene Wohnungsbaukonzept hatte die Stadtverwaltung sowieso schon nach Vorliegen des aktuellen Gutachtens in Arbeit. Daneben wurde auch der Wirtschaftsplan der Stadtbetriebe im Bereich der Stadtentwicklung vorgelegt, der unter anderem auch die Entwicklung des Gewerbegebiet Kleinfeldchen berücksichtigt. Die Wortbeiträge des Kollegen Jochen Herchenbach waren hier bemerkenswert und sollten somit an dieser Stelle erwähnt werden. Laut, aggressiv und beleidigend versuchte er inhaltslos und ohne jegliche Substanz, seine Position auch zum Thema Wohnungsbau zu formulieren. Neben Allgemeinplätzen und fehlerhaften Darstellungen wurde der Wortbeitrag bei der Frage der Sinnhaftigkeit einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft zunehmend peinlich. Vermutlich war der Kollege schon da gesundheitlich nicht ganz auf der Höhe, denn in aller Regel pflegen wir in Hennef einen kollegialen Umgangston.

Erstaunlich war die Zustimmung der SPD zum Wirtschaftsplan der Stadtbetriebe. Denn wie bereits erwähnt, war die Entwicklung des neuen Gewerbegebietes „Kleinfeldchen“ mit Bestandteil dieses Planes. Wir gehen also davon aus, dass hier ein Sinneswandel erfolgte und die SPD in Zukunft diese notwendige Maßnahme vollumfänglich unterstützt. Dass wir unsere eigene Steuerkraft weiter verbessern müssen, dürfte jedem klar sein. Dass dies durch die Ansiedlung neuer Betriebe in neuen Gewerbegebieten erfolgen muss, ist somit eine logische Folge. Dafür müssen wir die notwendigen Flächen vorhalten und entwickeln. Die Belange von Anwohnern sind natürlich zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, die CDU hat den Antrag auf den Weg gebracht, für Teile unserer Innenstadt ein Entwicklungskonzept zu erstellen. Dabei ist zwingend eine Gesamtbetrachtung zum Beispiel für den Bereich „Hennef Nord und Zentrum“ vorzunehmen. Mit den neu initiierten Regionalen und den entsprechenden Fördermitteln besteht die Möglichkeit, Fördertöpfe zu nutzen und integrierte Konzepte umzusetzen. Eine Entwicklung zum Beispiel am Friedhof Steinstraße, hinter der Post, die Reaktivierung des vorhandenen Bebauungsplanes 01.16/1a oder eine Neugestaltung des Areals um die Kirche St. Simon und Judas oder die Einbeziehung der alten Schule in der Steinstraße sind nur wenige Ideen für den Bereich Hennef Nord. In der Innenstadt wird mit dem neuen Geschäftshaus an der Lindenstraße ein weiterer wichtiger Baustein gesetzt. Die Freifläche des ehemaligen Parkhauses wird sicherlich in 2017 beplant und das Parkraumkonzept erstellt. Sicher ist allerdings, dass es keine Einbahnstraße in der Innenstadt geben wird. Dies wird nicht nur vom Hennefer Einzelhandel abgelehnt und dies aus gutem Grund.

Auf Antrag der CDU wird nun geprüft, ob eine Lärmmessstation für den Bahnlärm installiert werden kann. Dies ist aus unserer Sicht immens wichtig, denn nicht nur der Fluglärm schadet den Menschen. Der Bahnlärm steht dem nicht nach. Aufgrund dessen steht es für uns außer Frage, dass eine solche Messstelle kommen muss. Es ist vielmehr zu klären, wo diese aufgestellt wird, welche technischen Anforderungen erfüllt sein müssen und ob es Fördergelder geben kann.

Meine Damen und Herren, im aktuellen Bundesverkehrswegeplan ist der Ausbau der Siegtalstrecke zur Gütertransitstrecke vorgesehen. Diese soll den in Zukunft deutlich steigenden Güterverkehr aufnehmen und die Rheinschiene entlasten. Die Mittelrheinstudie spricht von möglichen 122 Güterzügen pro Tag im Siegtal. Dass eine solche Maßnahme große Nachteile für die Menschen unserer Stadt mit sich bringt, steht außer Frage. Denn der Güterverkehr hat immer Vorrang vor dem Personenschienenverkehr. So konnten wir vor wenigen Wochen in der Tageszeitung lesen, dass einige Güterzüge aufgrund von

Gleisbauarbeiten an der Rheinstrecke ins Siegtal umgeleitet wurden. Dies führte zu großen Verspätungen beim Personennahverkehr. Dies wird in Zukunft die Regel sein, sollte die Gütertransitstrecke kommen. Zudem kommen erhebliche Lärmbelästigungen, denn der Lärmschutz erfolgt nach der aktuellen Aktenlage nur dort, wo auch Baumaßnahmen am Gleisbett erfolgen. Die Maßnahme wird in den Gemeinden Windeck und Eitorf, und den Städten Hennef, Sankt Augustin, Siegburg und Troisdorf kritisch betrachtet und von Seiten der CDU-Fraktionen abgelehnt.

Dass die SPD der Meinung ist, dass dies alles nicht so schlimm sei und darauf baut, dass an der gesamten Bahnstrecke im Siegtal eine Lärmschutzmauer errichtet wird, ist naiv.

Meine Damen und Herren, obwohl unsere Haushaltslage schwierig ist, werden wir auch weiterhin an den freiwilligen Leistungen keinen Rotstift ansetzen. Die Musikschule und die Stadtbibliothek werden weiterhin gefördert, die Schulsozialarbeit durch die Stadt sichergestellt, die Unterstützung der freien Träger von Tageseinrichtungen fortgesetzt oder die Pflegekostenzuschüsse an Heimatvereine nach oben angepasst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufgaben einer Stadtverwaltung werden immer umfassender. Immer mehr Dienstleistungen werden abgerufen oder Tätigkeiten von Bund und Land auf die Kommunen übertragen. In diesem Zusammenhang spricht die Hans-Böckler-Stiftung in ihrem Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich von dem „Konnexitätsproblem“. Immer mehr Leistungen werden auf die Kommunen übertragen, ohne diese dann mit den notwendigen Mitteln auszustatten. Besonders extrem scheint diese Situation in NRW zu sein. Aufgrund dessen haben wir im letzten Jahr beschlossen, die Leitungsstrukturen auf zwei Beigeordnete zu erweitern. Die Aufgabenvielfalt ist ansonsten nicht zu leisten. Diese Entscheidung war richtig und dies zeigt sich im Verwaltungsalltag jederzeit. In 2016 haben wir im Rat Michael Walter zum Ersten Beigeordneten gewählt. Und mit der Wahl von Martin Herkt zum 2. Beigeordneten haben wir einen hervorragenden Verwaltungsfachmann neu dazugewonnen. Beide Beigeordnete sind für unsere Verwaltung extrem wichtig und bekleiden nicht umsonst Schlüsselfunktionen. Dass sich der Rat mehrheitlich für die besten Persönlichkeiten ausgesprochen hat, spricht für die Unterstützer. Und die bisherige Arbeit beider Beigeordneten belegt diese Einschätzung. Die CDU Fraktion weiß, dass wir mit Ihnen, Herr Walter, und mit Ihnen, Herr Herkt, eine extrem gute Wahl getroffen haben und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU Fraktion wird dem Haushalt und dem Haushaltssicherungskonzept in der nunmehr vorliegenden Fassung zustimmen. Wir würden uns wünschen, wenn alle Fraktionen diesen Schritt mitgehen könnten. Es gilt, auch in

schweren und fiskalisch unsicheren Zeiten Verantwortung zu übernehmen. Einfach nur dagegen sein und keine Schulden machen zu wollen, ist ja gut und schön. Die Zukunft kann man aber dann am besten vorhersagen, wenn man den Mut hat, sie selber zu gestalten. Deshalb lassen Sie uns alle mutig sein.

Für das bisher Geleistete bedanken wir uns bei Ihnen, Herr Bürgermeister, und allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich. Ein besonderer Dank geht an die Kämmerei, die unter Leitung von Frau Weber diesen schwierigen Haushalt mit viel Fleiß und großer Sachkenntnis und wieder einmal in kurzer Zeit aufgestellt hat. Ich danke der Presse für die allzeit gute Berichterstattung. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen hier im Rat, allen Vereinen und Institutionen für ihre Arbeit für Hennef.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Hennef, den 28.11.2016